

Souveränität?

Die dekoloniale Vision der NIEO und ihre Bedeutung für die Gegenwart

Alex Veit

Die New International Economic Order (NIEO) war der Versuch ehemaliger Kolonien im Globalen Süden, nach der politischen auch ökonomische Unabhängigkeit zu erreichen. Diese Idee der Unabhängigkeit, wie sie in der NIEO-Debatte von etwa 1965 bis 1980 aufschien, war jedoch kein Konzept der Absonderung. Vielmehr war das Ziel, die einseitige Abhängigkeit des Globalen Südens vom Globalen Norden aufzulösen – durch Integration auf Basis einer gleichberechtigten Kooperation. Wie ich in diesem Beitrag ausführe, bedeutete Souveränität für die NIEO-Architekt:innen, einseitige Abhängigkeit – also *Dependenz* – nicht durch Autonomie oder gar Autarkie zu ersetzen, sondern durch gegenseitige Abhängigkeit – also *Interdependenz*. Dieser Beitrag geht diesem scheinbar paradoxen Souveränitätsbegriff nach, der Unabhängigkeit als wechselseitige Abhängigkeit unter Gleichberechtigten postuliert. Er fragt, ob dieser Begriff, trotz der tatsächlich gegensätzlichen Entwicklungen, für eine neue, dekolonisierende gerechte Weltwirtschaftsordnung – eine NIEO² – noch immer tauglich wäre.

In einem ersten Schritt arbeite ich den Souveränitätsbegriff in den zentralen NIEO-Debatten heraus. Dabei gehe ich insbesondere auf Ideen zur politischen Steuerung der Weltwirtschaft durch Kooperation auf internationaler Ebene ein. Im zweiten Schritt beschreibt der Beitrag die Entwicklung der tatsächlichen neuen Weltwirtschaftsordnung nach 1980. Ich argumentiere, dass die sogenannte Globalisierung zwar alle Staaten der Welt im Sinne einer Internationalisierung erfasste – allerdings je nach wirtschaftlicher Entwicklung mit ganz unterschiedlichen Auswirkungen auf Dependenz und Interdependenzen. Dazu skizziere ich die Neuordnung der internationalen Arbeitsteilung ebenso wie die Neufassung internationaler Politik als post-politische Glo-

bal Governance. Zum Schluss vergleiche ich den aktuell im Globalen Norden populären regressiven Souveränitätsbegriff, der wirtschaftliche Abkopplung und weltpolitische Dominanz verspricht, ohne die destruktiven Dynamiken der neoliberalen Globalisierung unterbrechen zu können – mit dem Souveränitätsbegriff der NIEO, der Interdependenzen und Gleichberechtigung betont und als Leitidee für eine dekoloniale und progressive NIEO² dienen kann.

Die Ambivalenz von Selbstbestimmung und Souveränität

In der progressiven, herrschaftskritischen Linken ist das Konzept staatlicher Souveränität umstritten. Als ursprüngliches Recht europäischer Feudalherren, auf »ihrem« Territorium unbeeinträchtigt von äußerer Einmischung zu herrschen, ist es seit den bürgerlichen Revolutionen zwar diskreditiert. Doch ob die Neukonzeption staatlicher Souveränität im 20. Jahrhundert – legitimiert als Selbstbestimmungsrecht der Völker – eine fortschrittlichere, gerechtere Weltordnung zu schaffen vermag, bleibt kontrovers. Im progressiven politischen Lager gehörte das Konzept der Selbstbestimmung (zunächst des Individuums) zum grundlegenden Ziel einer »Association, worin die freie Entwicklung eines Jeden die Bedingung für die freie Entwicklung Aller ist« (Marx/Engels 2012 [1848]: 16). Die Freiheit des Einzelnen ist also abhängig von der Freiheit aller, mithin besteht eine gegenseitige Abhängigkeit – eine Interdependenz – zwischen den Mitgliedern einer Gesellschaft. Doch kann die Idee der Selbstbestimmung von Individuen innerhalb einer »Association« übertragen werden auf die Ebene selbstdefinierter Nationen in jeweils souveränen Staaten, die zusammen eine Gesellschaft der Nationalstaaten bilden?

Sozialdemokrat:innen und Kommunist:innen, besonders prominent Wladimir Iljitsch Lenin, versuchten, das Selbstbestimmungsrecht der Völker als Teil sozialistischer Entwicklung zu denken (Meissner 1970). Im bürgerlich-liberalen Lager war es der US-amerikanische Präsident Woodrow Wilson, der seine eigene Konzeption in die Friedensverträge nach dem Ersten Weltkrieg einbrachte – freilich ohne dass daraus ein universelles rechtliches Prinzip entstanden wäre (Ermacora 2000: 286–287). Vielmehr war das Recht auf Selbstbestimmung bei Wilson an die Kapazität zur Selbstregierung gebunden – ein Argument der Abwertung nicht-weißer Gesellschaften, dass fortan der rassistischen Legitimierung kolonialer Imperien diene (Getachew 2019: 10).

Die Gewalt vieler souveräner Nationalstaaten – nach innen wie nach außen – stellte diese Fortschrittskonzeptionen während des 20. Jahrhunderts infrage. Kritiker:innen des bürgerlichen Staates argumentierten nun, die Aufteilung der Welt in selbstbestimmte und souveräne Staatsnationen führe zu Unterdrückung im Inneren, zu Sezessionskonflikten, Kriegen und imperialen Unterwerfungsbestrebungen zwischen den Nationen (Kalyvas 2005; Fisch 2010). Für herrschaftskritische marxistische Theoretiker:innen dürfte dies keine Überraschung gewesen sein. Bereits Karl Marx und Friedrich Engels hatten sich diesbezüglich skeptisch geäußert. »Die Arbeiter haben kein Vaterland«, heißt es im Kommunistischen Manifest: »Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben.« (Marx/Engels 2012 [1848]: 14) Entsprechend, so die beiden, könne der Nationalstaat allenfalls eine Institution des Übergangs sein. Verschiedene marxistische Denkschulen stritten in der Folge unter anderem darüber, in welchem Verhältnis der bürgerliche, souveräne Nationalstaat und der Kapitalismus zueinander stehen und welche Verbindungen zwischen den stillen Zwängen des Kapitalverhältnisses zur physischen Gewalt des Staats und seinen Kriegen bestand. Bei aller Uneinigkeit waren sie sich jedoch zumindest grundsätzlich darüber einig, dass der Kapitalismus ohne den bürgerlichen Staat nicht bestehen könnte (Das 2006). Eine Überwindung des einen sei daher nicht ohne die Überwindung des anderen zu haben.

Die Perspektive der kolonisierten Gesellschaften auf den Nationalstaat war – bei aller Ambivalenz (Heinze 2023: 167–168) – eine völlig andere: Anstatt den souveränen Nationalstaat als begrenzenden Rahmen kollektiver Selbstbestimmung zu überwinden, galt es für sie zunächst einmal, ihn als Organisationsform zu erringen, zu verteidigen und auszubauen. Ein wichtiger Schritt auf diesem Weg war die endgültige Ächtung des Kolonialismus durch die Vereinten Nationen (UN). In ihrer Gründungscharta von 1945 hatten die UN das Problem des Kolonialismus noch ausgespart: Das »Prinzip« der Selbstbestimmung der Völker wurde dem Interesse an friedlichen Beziehungen zwischen Imperien und Nationalstaaten untergeordnet. Dies änderte sich erst auf Betreiben der antikolonialen Bewegungen und neuen unabhängigen Staaten aus dem Globalen Süden. 1960 verabschiedete die UN-Generalversammlung – trotz der Enthaltung der USA und der Kolonialmächte Großbritannien, Frankreich und Belgien – die »Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker« (UN 1960). Damit wurde kollektive Selbstbestimmung zum Menschenrecht sowie zur Grundlage für die sich entfaltende postimperiale internationale Ordnung, in

der formell unabhängige und souveräne Nationalstaaten zur hegemonialen politischen Organisationsform wurden (Getachew 2019: 71–106).

Souveränität und Interdependenz in der NIEO

Wie nun aber umgehen mit der neu gewonnen formalen Souveränität, die nicht von ökonomischer Autonomie flankiert war? Die jungen Staaten in Asien, Afrika und der Karibik sahen sich ähnlichen Problemen gegenüber, die auch die schon seit Längerem unabhängigen Staaten in Lateinamerika plagten: Die formale politische Souveränität, die Anerkennung als Gleiche in der Staatenwelt, blieb unvollständig und oft bedeutungslos, solange die Länder wirtschaftlich von den Märkten im Globalen Norden abhängig blieben. Der Globale Süden konnte sich kaum gegen politische Einmischung und sogar militärische Interventionen im Kontext des Kalten Kriegs zur Wehr setzen, solange er einseitig abhängig blieb von Nachfrage, Angebot und Krediten aus dem Globalen Norden. Zentrale Projekte und Vorstellungen wirtschaftlicher Entwicklung mussten mit Geldgeber:innen aus dem Norden abgestimmt werden – oder sie blieben ohne Finanzierung. Politische Souveränität und wirtschaftliche Dependenz entwickelten sich schnell zum Hauptwiderspruch in den Beziehungen zwischen Globalem Süden und Norden.

Viele Politiker:innen im Globalen Süden reagierten darauf mit einer »konzeptionellen Fluidität«, die sich einfachen Gegensätzen wie »formalem Kolonialismus und unabhängiger Nationalstaatlichkeit, Kapitalismus und Sozialismus, individuelle und kollektive Rechte« verweigerte (Lal 2015: 26, hier und im Folgenden eigene Übersetzungen). Dies mag eine taktische Herangehensweise neu ins Amt gekommener Regierender gewesen sein, die sich der Fragilität der eigenen Position im politischen und ökonomischen Weltgeschehen bewusst waren. Priya Lal beschreibt diesen Zugang anhand der Vision eines afrikanischen Sozialismus des tansanischen Präsidenten Julius Nyerere. Für diesen war Eigenständigkeit (»self-reliance«, ebd.: 19) der zentrale Begriff. Diese war für ihn mit Entwicklungskooperation ebenso vereinbar wie mit »nationaler Unabhängigkeit und transnationaler Interdependenz« (ebd.).

Interdependenz oder gegenseitige Abhängigkeit war in den 1970er Jahren ein zentraler Begriff, um den Prozess zu begreifen, der einige Jahre später als Globalisierung bezeichnet werden sollte (James/Steger 2014). Insbesondere US-amerikanische Regierungen betrachteten wachsende Interdependenzen – oder vielmehr die Zunahme ihrer eigenen Abhängigkeit von anderen

Akteur:innen sowie von Strukturen, die sie nicht autonom verändern konnten – als Problem und Herausforderung (Deuerlein 2020). Hier wurde sich eine Supermacht der Tatsache bewusst, dass ihre eigenen Handlungsmöglichkeiten nicht unbegrenzt waren, sondern dass sie in die Weltgesellschaft eingewoben sind.

Die Länder im Globalen Süden hatten sich hingegen notgedrungen schon länger mit Fragen von Dependenz und Interdependenz befasst. Die Dependenztheorie problematisierte die sehr einseitige Abhängigkeit des Globalen Südens von einem Weltmarkt, den der Globale Norden dominierte und strukturierte. Der theoretisch-empirische Kern dieser Konzeption war die sogenannte Prebisch-Singer-These vom »ungleichen Tausch« zwischen Globalem Süden und Norden, der langfristig zu sinkenden Erlösen des Südens führe (siehe Veit/Fuchs und Pichler in diesem Band).

Raúl Prebisch arbeitete insbesondere als Generalsekretär der »Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung« (UNCTAD) an der Operationalisierung der NIEO und gilt als grundlegender Architekt des Reformprogramms. Prebisch (1970: 13) plädierte für eine »genuine«, »energische« und »aufgeklärte« internationale Kooperation zwischen Globalem Süden und Norden. Der Globale Süden allein verfüge nicht über ausreichendes Startkapital für einen autark angetriebenen Industrialisierungsschub oder könne dieses nur durch einen autoritären Umbau der Staaten mobilisieren – insbesondere in Lateinamerika. Erst nach einer intensiven Süd-Nord-Kooperation könnten gewachsene Volkswirtschaften im Globalen Süden auch aus sich heraus weiteres Kapital für Wirtschaftswachstum generieren, insbesondere wenn sie ihre eigenen Industrien vor übermächtiger Konkurrenz schützten sowie zugleich neue Exportmärkte erschlossen.

Anders als von vielen Dependenztheoretiker:innen empfohlen (Senghaas 1979), sollten Länder des Globalen Südens ökonomische Souveränität also gerade nicht durch die Abkopplung von den Waren- und Finanzströmen des Globalen Nordens erreichen. Vielmehr sollten sie durch die NIEO noch stärker in die Weltwirtschaft integriert werden – allerdings unter stabileren und für sie profitableren ökonomischen Bedingungen sowie unter der Bedingung einer dekolonialen Gleichberechtigung in alten und neu zu gründenden internationalen Organisationen (siehe Veit/Fuchs in diesem Band). Souveränität bedeutete für den NIEO-Architekten nicht, einseitige Dependenz durch Autonomie oder gar Autarkie zu überwinden, sondern sie durch eine vertiefte, aber vor allem wechselseitige Dependenz zu ersetzen (Prebisch 1970).

Die 1974 von der UN-Generalversammlung beschlossenen NIEO-Leitziele, aber auch die konkreten Maßnahmen, konzentrierten sich auf drei Aspekte weltwirtschaftlicher Austauschprozesse: Der zentrale Ansatz der NIEO war die Einhegung des vermeintlich freien Spiels der Kräfte von Angebot und Nachfrage auf den Weltmärkten. So sollten die Erlöse für Rohstoffe und Agrarprodukte durch die strategische Bildung von Reserven sowie Kompensationszahlungen bei Preisabstürzen stabilisiert werden. Auch *producer associations*, also Kartelle für unterschiedliche Rohstoffe und Warengruppen nach Art der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC), wurden begrüßt. Ein ganzer Abschnitt der NIEO befasste sich mit der Regulierung transnationaler Konzerne und dem Primat von Nationalstaaten bei der Entscheidung über die Förderung von Rohstoffen auf ihrem jeweiligen Staatsgebiet. Schließlich behandelte die NIEO auch die Architektur der internationalen Institutionen: Bestehende Organisationen, insbesondere der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank, in denen arme Länder aufgrund der kolonial gewachsenen ungleichen Stimmrechtsanteile systematisch benachteiligt wurden, sollten dekolonisiert und demokratisiert werden. Zudem sah die NIEO die Gründung weiterer UN-Organisationen zur Regulierung der Weltwirtschaft vor (siehe Veit/Fuchs in diesem Band; UN 1974a, 1974b).

Die NIEO sollte also eine Art Weltregierung über Rohstoffe schaffen, insbesondere durch eine internationalisierte Planung mithilfe neuer Institutionen. Dies hätte die Souveränität der Staaten im Globalen Süden gestärkt, obwohl diese ihre souveränen Rechte im Sinne einer verstärkten Interdependenz teilweise auf eine internationale Ebene übertragen hätten. Dieses Vorgehen zielte auf eine Politisierung der Weltwirtschaft ab: Über den Bedarf, über Preise und Profite hätte auf internationaler Ebene gestritten und entschieden werden müssen. Außerdem wäre diese internationale Ebene demokratischer geworden. In zentralen internationalen Organisationen wie dem IWF verfügte der Globale Norden über historisch gewachsene Mehrheiten. Die NIEO zielte daher auf die demokratische Gleichberechtigung souveräner Staaten im Norden und Süden. Dazu gehörte auch die Absicht, Konzerne aus dem Globalen Norden zu entmachten, damit diese sich dem Primat der internationalen Politik unterordnen müssen. Schließlich wäre es noch zu einer Redistribution von Ressourcen und technologischem Wissen von Nord nach Süd gekommen.

Kritik von Links und Rechts

Für sozialdemokratische Ohren, insbesondere in Europa, klang diese NIEO-Konzeption nach einer Übertragung des eigenen Nachkriegsmodells – vom kooperativ verfassten Nationalstaat sowie vom eingebetteten Liberalismus – auf die globale Ebene. Gerade weil dieses nationalstaatliche Modell an seine eigenen Grenzen geriet – mit einbrechenden Wachstumsraten und Massenarbeitslosigkeit auch im Globalen Norden – erschien die NIEO, wenn auch ohne so radikale Forderungen wie nach der Enteignung transnationaler Konzerne – vielen als ein vielversprechendes Reformkonzept. Der ehemalige westdeutsche Bundeskanzler Willy Brandt saß 1978 der prominent besetzten »Nord-Süd-Kommission« vor. Deren Abschlussbericht wurde zu einem der meistverkauften Werke über internationale Entwicklungspolitik. Darin heißt es, dass »gewisse Elemente dessen, was man eine »internationale Regierung« nennen könnte, schon jetzt angezeigt wären, um den gemeinsamen ebenso wie den nationalen Interessen gerecht zu werden.« Für die Mitglieder der sogenannten Brandt-Kommission galt es als ausgemacht, dass nichts weniger als das »Überleben der Menschheit in Gerechtigkeit und Würde es notwendig machen, mit neuen Methoden neue Wege zu öffnen.« Die gegenseitige Abhängigkeit von Nord und Süd müsse politisch verhandelt werden, um »globale Probleme in den Griff zu bekommen.« (Brandt 1980: 31–32)

Für konservative und neoliberale Beobachter:innen insbesondere aus dem Globalen Norden klang all dies nach einer »Weltregierung«, deren vordringlicher Zweck die Umverteilung von Profiten von Nord nach Süd sowie von Reich zu Arm war. Insbesondere die sich abzeichnende Allianz aus Sozialdemokrat:innen, »globalen Reformisten« (Slobodian 2019: 316), Organisationen wie dem Club of Rome, und blockfreien Staaten des Globalen Südens bereitete ihnen Sorge. Für Neoliberale war die NIEO »globalisierter Jakobinismus, globalisierte Gewerkschaftsbewegung und globalisierter Egalitarismus und verhöhnnte die Institution des Privateigentums« (ebd.: 370).

Aus einer US-amerikanischen Perspektive beschrieb Steven Krasner (1985: 11) die NIEO als einen Versuch von Staaten des Globalen Südens, »Macht und Kontrolle genauso wie Wohlstand« zu generieren. Sie reagierten damit auf strukturelle Ungleichheiten in der Machtverteilung und ihre daraus resultierende Verletzlichkeit. Krasner argumentierte, dass schwache Staaten anfällig für alle Arten internationaler Störungen seien und daher versuchten, ein stabileres und berechenbareres Umfeld zu schaffen (ebd.). Was die Schwachen daher bevorzugten, so wiederum Krasner, seien »autoritärere« Formen der

Ressourcenverteilung, etwa die direkte Zuweisung durch politische Behörden oder eine indirekte Zuteilung durch die Einschränkung von Eigentumsrechten privater Konzerne. Krasner selbst hielt diese vermeintliche Abkehr vom »globalen Liberalismus« für »normativ verdächtig« (Krasner 1985: 29).

Während der Neorealist Krasner – beispielhaft für viele liberal-konservative Beobachter:innen insbesondere in den USA – angesichts der NIEO eine übermächtige Weltressourcenbehörde oder gar Ansätze einer Weltregierung fürchtete, hatte der marxistische ägyptisch-französische Ökonom Samir Amin für solche Deutungen nur Spott übrig. Hinter der Ablehnung der NIEO durch den Globalen Norden stecke einzig die Angst vor einer politischen Machtverschiebung in Richtung Süden. Schließlich entsprächen die ökonomischen Vorschläge der NIEO – »eine substantielle und anhaltende Erhöhung der Rohstoffpreise, verstärkt durch eine Reduzierung von Schulden und vorteilhafteren Bedingungen für den Technologietransfer« (Amin 1979: 478) – ziemlich genau den »geheiligten Prinzipien« des marktorientierten »liberalen Westens«. Weiter schrieb Amin:

»Es handelt sich um ein Programm, das das Ziel einer verstärkten weltwirtschaftlichen Interdependenz mehr denn je in den Vordergrund stellt und darauf abzielt, diese auf komparative Vorteile zu gründen – ein Programm, das von den Wirtschaftswissenschaftlern der konservativsten Akademien hätte ausgearbeitet und vorgeschlagen werden müssen und nicht von Regierungen, denen dieselben Akademien immer wieder ihren Hang zum »Nationalismus« vorgeworfen haben, den sie als veraltet und den Interessen ihrer Völker zuwiderlaufend betrachten. Es ist eine Ironie der Geschichte, dass diese Initiative von der »nationalistischen« Dritten Welt ausging und dass sie von den Aposteln der Grundsätze, auf denen sie beruht, einhellig abgelehnt wurde!« (ebd.)

Amin selbst sah die NIEO jedoch keineswegs als eine geeignete Grundlage für den Globalen Süden an, um der ökonomischen und politischen Misere zu entkommen. Deren Protagonist:innen, so Amin, verhielten sich wie naive Technokrat:innen. Die Regierungen im Globalen Norden würden niemals einem Plan zustimmen, der eine substanzielle Verlagerung von Wohlstand, Profiten und gut bezahlten Arbeitsplätzen vom Globalen Norden in den Globalen Süden vorsah. Sollte der Globale Süden in Verhandlungen mit dem Globalen Norden über die Weltwirtschaftsstrukturen eintreten, so Amins Argument, müsse er vorher die eigene wirtschaftliche Position stärken. Hierzu seien ein »au-

tozentrisches« Entwicklungsmodell, die Kappung von Interdependenzen und eine weitgehende wirtschaftliche Entkopplung (*découplage*) des Globalen Südens vom Globalen Norden notwendig (Amin 1979; Senghaas 1979). Ironischerweise deckt sich diese Empfehlung Amins mit der von Krasner. Beide Kritiker argumentierten, dass die Interessen des Globalen Nordens und des Globalen Südens inkompatibel seien. Zur Stabilisierung der Weltpolitik sei daher eine Entflechtung erforderlich (Krasner 1985: 30; siehe auch Mortimer 1986: 771). Allerdings wurde letztendlich keiner der beiden Vorschläge – NIEO oder Entkopplung – umgesetzt.

Die Internationalisierung der Staatlichkeit

Stattdessen entstand, was Mark Mazower (2012: 343–377) die »Real New International Economic Order« nennt: eine Neuordnung der Weltwirtschaft, die in vielen Aspekten das Gegenteil der NIEO darstellte. Die meisten Staaten im Globalen Süden konnten ihre Souveränität nicht weiter ausbauen und auch die einseitigen Abhängigkeiten nicht abbauen. Der Globale Süden differenzierte sich wirtschaftlich weiter aus und löste sich als politischer Block in diesem Prozess weitgehend auf. Stattdessen vertiefte und verdeutlichte sich ein Trend, der bereits zuvor begonnen hatte: die Ablösung des formalen Kolonialismus durch die Internationalisierung (Schlichte 2015) vieler junger Staaten. Diese Entwicklung betraf alle Teilregionen im Globalen Süden, allerdings unterschieden sich Tiefe, Ausprägung und Tempo.

Den wirtschaftlich wie politisch bedeutendsten Auslöser für diese Internationalisierung des Südens stellte die Staatsschuldenkrise der Dritten Welt dar. Sie begann mit der drastischen Erhöhung der Zinssätze durch die US-amerikanische Notenbank (FED) ab 1979. Viele Staaten, die zuvor von westlichen Banken günstige Kredite erhalten hatten, mussten nun plötzlich ein Vielfaches für den Schuldendienst – also die Zinsen und Rückzahlung von Krediten – aufbringen. Für viele Länder wurde dies zu einer unüberwindlichen Hürde. Diese neue Form der Verflechtung zwischen Globalem Norden und Süden war die Folge eines Liquiditätsschubs: Nachdem 1973 die Anbindung des US-Dollars an die Goldreserven der USA abgeschafft worden war und OPEC-Staaten neue Anlagemöglichkeiten für ihre Profite aus dem Ölexport suchten, fand über den Umweg westlicher Banken viel Geld in Form von Krediten seinen Weg in sogenannte Schwellenländer des Globalen Südens (Eichengreen/Lindert 1989).

Obgleich die Schuldenkrise bereits drei Jahre zuvor begonnen hatte, wurde sie im Globalen Norden erst realisiert, als 1982 Mexiko als erster größter Schuldner den Schuldendienst kurzzeitig einstellte. Internationale Banken sahen sich von Verlusten in existenzbedrohender Größenordnung bedroht. Selbst wenn nur ein Drittel aller Kredite an den Globalen Süden hätte abgeschrieben werden müssen, wäre das internationale kommerzielle Finanzsystem kollabiert (Sachs 1989). Paul Volcker, damaliger Vorsitzender der FED, sah darin eine Bedrohung, »die in der Nachkriegswelt im Grunde ohne Beispiel ist« (Wall Street Journal 1982).

Auf diese zum Risiko gewordenen Interdependenzen reagierte der Globale Norden, indem er sie wieder in einseitigere Abhängigkeiten verwandelte: Die internationalen Finanzinstitutionen IWF und Weltbank und westliche Staaten übernahmen einerseits die Kreditrisiken von Privatbanken, indem sie Umschuldungsprogramme finanzierten. Andererseits nutzen sie die Schuldenkrise, um endgültig Forderungen des Globalen Südens nach einer stärker gelenkten Weltwirtschaft abzuräumen. Um Umschuldungen zu erhalten, mussten hoch verschuldete Staaten sogenannten Strukturanpassungsprogrammen zustimmen. Diese schrieben eine Öffnung der eigenen Märkte, die Privatisierung von Staatseigentum sowie massive Kürzungen von Staatshaushalten vor. Wo die NIEO also eine eingehegte Wirtschaft, nationale Kontrolle über Rohstoffe, international verhandelte Handelspreise und die Entmachtung transnationaler Konzerne vorgesehen hatte, setzte der Globale Norden nun einen vermeintlich freien Weltmarkt, den eigenen uneingeschränkten Zugang zu Rohstoffen und Investitionsschutz für Konzerne durch.

In dieser neuen Spielart einseitiger Abhängigkeiten nahmen auch einige internationale Organisationen eine neue Rolle ein. Anstelle von Dekolonisierung und Demokratisierung wurden die kolonial gewachsenen Strukturen gestärkt. Insbesondere der IWF erhielt eine neue Daseinsberechtigung als Krisenbewältigungsinstitution. Noch wenige Jahre zuvor hatte das Ende des Systems fester Wechselkurse den IWF als überflüssig erscheinen lassen. Durch die Schuldenkrise wurde er nun zu einem großen Gläubiger, zu *der* weltweit zentralen wirtschaftswissenschaftlichen Autorität und zum Schiedsrichter über die Kreditwürdigkeit einzelner Länder (Pastor 1989). Eine andere Institution, die während und wegen der Schuldenkrise an Bedeutung gewann, war die Gruppe der Sieben (G7) – ein Zusammenschluss der wichtigsten Industriestaaten, der sich 1975 zum ersten Mal traf – in Reaktion auf den NIEO-Beschluss in der UN-Generalversammlung und den Ölboykott der OPEC. Die G7-Staaten beherbergten die wichtigsten Gläubigerbanken

und verliehen auch selbst immer größere Summen an Staaten im Globalen Süden. Außerdem hielten sie die Mehrheit der Stimmanteile im IWF. Das jährliche G7-Treffen wurde zu einem wichtigen Forum für die globale Schuldenpolitik, ohne dass der Globale Süden mit am Tisch saß – ein faktisches Gläubiger:innenkartell entstand. Versuche, im Gegenzug dazu auch ein Schuldner:innenkartell zu schaffen, scheiterten schnell. Als politisches Subjekt, als Allianz von Staaten mit ähnlich gelagerten Interessen und Ideen, zerfiel der Globale Süden (O'Donnell 1987).

Auch die Zweite Welt des Kalten Kriegs – also die Staaten des sogenannten Ostblocks – zerfiel in dieser Periode. Der Fall der Berliner Mauer und die Auflösung der Sowjetunion zwei Jahre später läuteten eine neue Runde von Strukturanpassungsprogrammen ein, die als sogenannte Schocktherapie mitteleuropäische Länder und die Nachfolgestaaten der Sowjetunion ereilten. Auch diese erlitten massive Souveränitätsverluste, da die sozialen und wirtschaftlichen Kosten ihrer rapiden Deindustrialisierung nur durch immer neues ausländisches Kapital und Hilfskredite aufgefangen werden konnten (Apfel/Orenstein 2018).

Letztendlich wurde die Souveränität staatlichen Handelns sogar im Globalen Norden infrage gestellt: Anfang der 1990er Jahre setzte sich endgültig der Begriff Globalisierung durch, um die Verdichtung transnationaler (gegenseitiger) Abhängigkeiten zu beschreiben, die zuvor noch als Interdependenzen bezeichnet worden waren. Diese immer engere Verflechtung von Volkswirtschaften brachte eine Internationalisierung der Staatlichkeit mit sich, die zumindest zwei Dimensionen hatte. Zum einen wurden Staaten immer mehr zu sogenannten Wettbewerbsstaaten, deren Abhängigkeit vom globalen Kapital und vom Weltmarkt die Handlungsspielräume ihrer formal nationalen Institutionen beschränkte oder sie ihnen gelegentlich ganz nahm. »There is no alternative«, pflegte etwa die britische Premierministerin Margaret Thatcher zu behaupten.

Historisch betrachtet war das nicht Neues, insbesondere nicht im Globalen Süden. Doch die Intensität der Marktabhängigkeit nahm in den letzten Jahrzehnten zu. Das zeigte sich insbesondere an den Dynamiken der Finanzmärkte, die seit der Schuldenkrise der sogenannten Dritten Welt in den 1980er Jahren immer neue Krisen auch in den kapitalistischen Zentren ausgelöst hatten. Einzelne nationale Regierungen standen dem machtlos gegenüber. Zum anderen führte die Internationalisierung zu etwas, das als Global Governance bezeichnet wird: die Integration nationalstaatlichen Handelns in kooperative transnationale Strukturen und Regelwerke – allerdings ohne den dekolonisie-

renden und demokratisierenden Anspruch der NIEO (Brand 2018). Beide Dimensionen der Internationalisierung – des Staates und der wirtschaftlichen Globalisierung – wirkten sich je nach Ausgangslage und Handlungsmöglichkeiten in verschiedenen Regionen und Ländern sehr unterschiedlich aus.

Die Neuordnung der globalen Arbeitsteilung

Viele Gesellschaften, auch im Globalen Norden, spürten die Verdichtung transnationaler Interdependenzen in Form eines Standortwettbewerbs und des damit einhergehenden Drucks auf Löhne und Steuern (Genschel/Seelkopf 2015). Auch die vormals sogenannte Erste Welt durchlief einen partiellen Prozess der Deindustrialisierung. Regierungen, heimische Großkonzerne und Banken konnten diesen jedoch steuern. Während die Produktion von Massengütern zurückging, blieben die wertgenerierenden Tätigkeiten in Hochtechnologiebranchen, aber auch der Finanzsektor erhalten und wurden sogar ausgebaut. Daher finden sich im Globalen Norden weiterhin industriell geprägte Ökonomien, die vor allem in der Wertschöpfungsspitze dominieren (Harvey 2014; Raphael 2021). Doch auch im Globalen Norden fielen die Souveränitätseinschränkungen immer mehr auf. Die Wahl »souveränistischer« Regierungen (Baldini et al. 2020), allen voran die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten 2016, zeigte die Sehnsucht nach einer Zeit, in der das eigene Land unabhängig schien, und zugleich anderen sagen konnte, wo es langging. Nach dem Austritt aus der Europäischen Union – der zentrale Brexit-Slogan lautete *take back control* – prägten konservative britische Regierungen das neue Ziel eines *global Britain*. Damit brachten sie ihren gleichzeitigen Anspruch auf volle Kontrolle im Inneren und imperialistisch gewachsene Machtprivilegien nach außen – und vor allem gegenüber dem Globalen Süden – auf den Punkt (Koepler et al. 2020).

Im Globalen Süden stellte sich die Frage nach Souveränität im Zeitalter der Globalisierung ganz anders: Hier lautete die Frage, wie Gesellschaften und ihre Regierungen außerhalb der industriellen Zentren nach dem Scheitern der NIEO und nach der neoliberalen Zurichtung durch Schuldendienst und Strukturanpassungsprogramme überhaupt wieder handlungsfähig werden können.

Einige Länder am Rande großer Wirtschaftsblöcke, etwa Mexiko oder die mittelosteuropäischen Staaten, traten in dieser Situation die Flucht nach vorn an und schlossen sich Freihandelszonen wie dem Nordamerikanischen Freihandelsabkommen (NAFTA) oder dem EU-Binnenmarkt an. Damit internationa-

lisierten sie ihre Ökonomie auf radikale Weise: Als Niedriglohn-Standorte mit Zugang zu großen Märkten wurden sie attraktiv für Kapital aus den Metropolen. Teile ihrer Bevölkerung konnten legal in vielversprechendere Arbeitsmärkte emigrieren, wodurch sich der Druck auf die heimischen Sozialsysteme verringerte. Zentrale ökonomische Entscheidungen konnten diese Staaten jedoch eigenständig nicht länger treffen, wie etwa griechische Regierungen während der Eurokrise ab 2010 schmerzlich feststellen mussten.

Eine Region erlebte nach dem Zweiten Weltkrieg hingegen eine andere Entwicklung: Einigen ostasiatischen Staaten gelang es, eigene erfolgreiche Exportindustrien zu entwickeln und sich aus der abhängigen Position zu lösen. Diese nachholende Industrialisierung ließ die Region zur »Werkbank der Welt« (Egger et al. 2013) werden – mit entsprechenden Souveränitätszuwächsen. Wie dies Japan, Taiwan, Südkorea und später auch China gelang, wird in der Literatur breit diskutiert. Während die »developmental state«-Literatur (Woo-Cumings 1999; Wade 2018) vor allem die staatlich kontrollierte Planung des Industrialisierungsprozesses betont, sehen andere die massive Unterstützung der USA (in Form von militärischem Schutz und der Öffnung des US-amerikanischen Marktes) als maßgeblich an (siehe dazu Simon in diesem Band; Yeung 2017; Mahoney/Rodríguez-Franco 2018: 29–31). In jedem Fall verweigerten sich China und seine Nachbarstaaten in den 1980er und 1990er Jahren einer neoliberalen Schocktherapie. Stattdessen verfolgten sie eine Strategie der staatlich kontrollierten Verflechtung des eigenen Kapitals mit der Weltwirtschaft (Nölke et al. 2019: 40–75; Weber 2023). Heute gehören einige Länder dieser Region, zusammen mit den teilweise ökonomisch ebenfalls erfolgreichen Staaten des Verbands Südostasiatischer Nationen (ASEAN), zu den lautesten Verfechter:innen des Primats staatlicher Souveränität im Inneren sowie einer multipolaren internationalen Ordnung.

Wieder eine andere Kategorie bilden klassisch vom Rohstoffexport abhängige Staaten, die noch immer in großer Zahl existieren (siehe Warnecke-Berger und Thyen in diesem Band). Geografie, Demografie, politische Geschichte und der Wert der jeweiligen Ressourcen haben hier jedoch zu einer immer größeren Differenzierung etwa zwischen Saudi-Arabien, Brasilien und Sambia geführt. Die Unterschiede äußern sich auf wirtschaftlich und politische Weise: die Politik im kupferreichen Sambia ist beispielsweise geprägt vom Versuch, taktisch zu navigieren und jeweils den bestmöglichen Deal zu erreichen. Das ökonomisch diversere und sehr viel größere Brasilien sieht sich selbst als Regionalmacht von globaler Bedeutung. Aufgrund der wechselhaften wirtschaftlichen Entwicklung des Landes blieb dieser Anspruch

jedoch bislang unerfüllt. Saudi-Arabien hingegen bestimmt den globalen Ölpreis entscheidend mit. Diesen ökonomischen Machthebel kann der Staat nach innen und außen politisch zur Wahrung seiner Souveränität einsetzen. Russland näherte sich mit seiner großen Abhängigkeit von Rohstoffexporten nach 1991 dem Dependenzmuster vieler Staaten im Globalen Süden an, wobei die großen Öl- und Gasvorkommen – auch dank der Preisstabilisierung durch das OPEC-Kartell – immerhin die Staatskasse verlässlich füllten.

Schließlich gibt es Staaten im Globalen Süden, insbesondere in Afrika, die nicht über nennenswerte oder hinreichend wertvolle Rohstoffe verfügen, und daher nur wenig Möglichkeiten haben, unbetene Versuche der Einmischung von außen abzuwehren. In diesen Ländern speist sich die Staatskasse zu einem guten Teil aus ausländischen Budgethilfen. Die Sozial- und Bildungspolitik ist teils privatisiert, teils internationalen Organisationen und NGO überlassen. In den Ministerien schreiben sogenannte *consultants* – zum großen Teil sekundiert aus dem Globalen Norden – nationale Entwicklungsstrategien. In diesen »governance states« (Harrison 2004) ist die Internationalisierung von Staatlichkeit besonders sichtbar. Statt politischer Deliberation herrscht hier eine Verwaltungstechnologie vor, die immer neue Projekte, Programme, Benchmarks und Evaluationen hervorbringt (Morcillo Laiz/Schlichte 2016). Demokratische Wahlen werden in vielen dieser Länder zwar durchgeführt, in der Essenz handelt es sich jedoch um »choiceless democracies« (Mkandawire 1999).

Die Entpolitisierung der internationalen Politik

Alle Formen internationalisierter Staatlichkeit sind Ausdruck des umfassenderen Paradigmas der Global Governance, die mit Ende des Kalten Kriegs einsetzte und in ihren Grundzügen bis in die Gegenwart besteht. Die NIEO-Debatten in der UN-Generalversammlung können durchaus als ein Vorläufer heutiger Global Governance angesehen werden. Bereits dort wurde versucht, ein globales Problem anzugehen, mit dem einzelne Staaten allein überfordert sind. Noch deutlicher wurde der Übergang zu Global Governance als aufkommendem Paradigma der Zusammenarbeit und des Kompromisses (Rosenau/Czempiel 1992) in der Brandt-Kommission. Deren Abschlussbericht verweist bereits im Titel auf die »gemeinsamen Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer« (Brandt 1980). Um »das Überleben« (ebd.) zu sichern, müssten diese nur erkannt und benannt werden – freilich ohne die Grundstrukturen der Weltwirtschaftsordnung grundlegend zu reformieren.

Innerhalb weniger Jahre folgten die sogenannte Brundtland-Kommission zu »nachhaltiger Entwicklung« 1987, der »Earth Summit« in Rio de Janeiro 1992, die »Millennium Development Conference« 2000 (siehe Freistein in diesem Band) sowie seitdem viele weitere Großkonferenzen. Wo die NIEO-Debatte noch ungleiche Machtstrukturen, undemokratische und nicht-repräsentative Entscheidungsmodi in internationalen Finanz- und Handelsorganisationen sowie kolonial gewachsene ökonomische Privilegien in den Vordergrund stellte und Institutionen zur Bearbeitung von Konflikten anvisierte, setzte sich nun auf globaler Ebene ein Politikverständnis durch, dass die kooperative Lösung supranationaler Probleme in den Vordergrund stellt (Dingwerth/Pattberg 2006: 189–196). Für Kritiker:innen ist Global Governance hingegen eine Theorie und Praxis der post-politischen Verwaltung und Steuerung postimperialer Herrschaft (Latham 1999). Kennzeichnend für sie sei es erstens, Probleme auf einer nationalen statt auf der trans- und internationalen Ebene zu verorten und zweitens die freiwillige Selbstverpflichtung transnationaler Konzerne zur Einhaltung grundlegender Spielregeln. Diese mahnte der damalige UN-Generalsekretär Kofi Annan beim Weltwirtschaftsforum in Davos 1999 als *global compact* an. Global Governance bedeutet demnach die Anerkennung, dass in einer interdependenten, globalisierten Welt kein Staat alleine regieren kann. Auf formaler Ebene sind die teilnehmenden Staaten alle gleichberechtigt. De facto bestimmt jedoch der Globale Norden kraft seiner Kapitalmacht und der kolonial gewachsenen Spielregeln die Agenda, aber auch die Lösungsansätze. Dazu nutzt er zentrale Organisationen wie den IWF und die Weltbank.

Souveränität als Gleichberechtigung

50 Jahre nach der NIEO haben große Teile des Globalen Südens weiterhin nur wenig Einfluss auf die Regulierung der Weltmärkte und die zentralen Institutionen der Weltwirtschaftsordnung. Mehr noch: Durch die vom Globalen Norden erzwungene Öffnung ihrer Märkte für Investitionen und Importe, durch den freien Kapitalverkehr und die Privatisierung öffentlicher Infrastruktur und Betriebe haben sehr viele Staaten im Globalen Süden auch ihre wenigen Steuerungsmöglichkeiten im Innern verloren – und damit die denkbare Möglichkeit einer selbstbestimmten Entwicklung. Die meisten Staaten im Süden konnten mit der NIEO also keineswegs ihre Souveränität gegenüber

äußeren Kräften behaupten, im Gegenteil: Sie verloren sie in ökonomischer wie politischer Hinsicht sogar innerhalb ihrer eigenen Gesellschaften.

Es mutet fast ironisch an, dass die vom Globalen Norden vorangetriebene neoliberale Globalisierung nun auch dort die Frage der Souveränität wieder ins Zentrum politischer Konflikte gerückt ist. Der Aufstieg souveränistischer Parteien und Politiker:innen ist inzwischen selbst ein globales Phänomen geworden. Großbritannien wählte mit dem Brexit seine eigene Amputation von der Europäischen Union. Letztere wiederum droht durch den Aufstieg souveränistischer Parteien in vielen Mitgliedsländern auseinanderzubrechen. In den USA vertreten Republikaner:innen einen autoritären Souveränitätsbegriffs – was in einem Land, das an der Spitze internationaler Machthierarchien steht, irrwitzig erscheint. In der Politikwissenschaft wird – ähnlich wie in liberalen Reaktionen auf die NIEO in den 1970er Jahren – vor einer »weaponized interdependence« (Farrell/Newman 2019) gewarnt, die China gegen westliche Ökonomien einsetzen könnte.

Die Sehnsucht nach einer *découplage* (Samir Amin) des Globalen Nordens als Reflex auf die Zumutungen wirtschaftlicher Konkurrenz ist ein zynisches Echo der Dependenztheorie: Angesichts der multiplen Krisen der Naturverhältnisse, der Finanzstrukturen, der Warenströme, der umstrukturierten globalen Arbeitsteilung und der unsteuerbaren Migration von Süd nach Nord ebenso wie von Ost nach West, versucht ein Teil gerade jener Gesellschaften, die diese Dynamiken zentral ins Werk gesetzt haben, sich aus globalen Interdependenzen zu verabschieden. Das geschieht wohlgerne ohne die Absicht, die eigene Machtposition über andere aufzugeben.

Es lohnt sich daher, die Konzeption internationaler Interdependenz, wie sie in der NIEO formuliert worden war, wieder ins Zentrum der Diskussion über eine zukünftige Welt(wirtschafts)ordnung zu rücken. Die Globalisierung, die im kapitalistischen Weltsystem unhintergebar angelegt ist, lässt sich nicht einfach rückgängig machen. Seit dem Zweiten Weltkrieg und seit Entstehung der postimperialen Ordnung nach dem Kolonialismus ist die Globalisierung zudem so weit fortgeschritten, dass sich enge Interdependenzen innerhalb der Weltgesellschaft nicht mehr nachhaltig reduzieren lassen. Auch die Ausgangsdiagnose des Global-Governance-Paradigmas – die Unmöglichkeit einer nationalstaatlichen Lösung grenzüberschreitender Problematiken wie der Klimakatastrophe oder der sozialen Ungleichheit – bleibt richtig. Souveränität kann daher nur als relativer Begriff verstanden werden, im Sinne ausgehandelter Relationen über nationale Grenzen hinweg. Souverän ist

demnach nicht, wer uneingeschränkt regiert, sondern wer in angemessen gestalteten Institutionen gleichberechtigt mitwirkt.

Die Vordenker:innen und Architekt:innen der NIEO setzten vor 50 Jahren auf eine politische Aushandlung globaler Interdependenzen. Zentral war der Gedanke einer politischen Steuerung ökonomischer Austauschbeziehungen durch die Dekolonisierung und Demokratisierung bestehender sowie durch neu zu schaffende Institutionen innerhalb des Systems der Vereinten Nationen – gepaart mit der radikalen Einhegung privater Kapitalinteressen. Was für liberale Kritiker:innen das Schreckgespenst einer Weltregierung war, könnte heute, angesichts der Klimakatastrophe und eines tendenziell selbstzerstörerischen globalen Finanzsystems, zur Grundlage einer NIEO² werden.

Literatur

- Amin, Samir (1979): New International Economic Order and strategy for the use of financial surpluses of developing countries. In: *Alternatives: Global, Local, Political*, 4 (4), 477–485.
- Appel, Hilary/Orenstein, Mitchell (2018): From triumph to crisis: Neoliberal economic reform in postcommunist countries. Cambridge: Cambridge University Press.
- Baldini, Gianfranco/Bressanelli, Edoardo/Gianfreda, Stella (2020): Taking back control? Brexit, sovereignty and populism in Westminster (2015–17). In: *European Politics and Society*, 21 (2), 219–234.
- Brand, Ulrich (2018): Der Staat in der kapitalistischen Globalisierung. Nationaler Wettbewerbsstaat und die Internationalisierung des Staates bei Joachim Hirsch. In: Brand, Ulrich/Görg, Christoph (Hg.), *Zur Aktualität der Staatsform: Die materialistische Staatstheorie von Joachim Hirsch*. Baden-Baden: Nomos, 137–159.
- Brandt, Willi (1980): Das Überleben sichern: Gemeinsame Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer. Bericht der Nord-Süd-Kommission. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Das, Raju J. (2006): Marxist theories of the state. In: Pressman, Steven (Hg.), *Alternative theories of the state*. London: Palgrave Macmillan, 64–90.
- Deuerlein, Martin (2020): Das Zeitalter der Interdependenz: Globales Denken und internationale Politik in den langen 1970er Jahren. Göttingen: Wallstein.

- Dingwerth, Klaus/Pattberg, Philipp (2006): Was ist Global Governance? In: *Leviathan*, 34 (3), 377–399.
- Egger, Georg/Fuchs, Daniel/Immervoll, Thomas/Steinmassl, Lydia (Hg.) (2013): *Arbeitskämpfe in China: Berichte von der Werkbank der Welt*. Wien: Promedia.
- Eichengreen, Barry/Lindert, Peter (1989): Overview. In: Eichengreen, Barry/Lindert, Peter (Hg.), *The international debt crisis in historical perspective*. Cambridge: MIT Press, 1–11.
- Ermacora, Felix (2000): Autonomie als innere Selbstbestimmung. In: *Archiv des Völkerrechts*, 38 (3), 285–297.
- Farrell, Henry/Newman, Abraham L. (2019): Weaponized interdependence: How global economic networks shape state coercion. In: *International Security*, 44 (1), 42–79.
- Fisch, Jörg (2010): *Das Selbstbestimmungsrecht der Völker: Die Domestizierung einer Illusion*. München: C. H. Beck.
- Genschel, Philipp/Seelkopf, Laura (2015): The competition state: The modern state in a global economy. In: Leibfried, Stephan/Huber, Evelyne/Lange, Matthew/Levy, Jonah D./Stephens, John D. (Hg.), *The Oxford handbook of transformations of the state*. Oxford: Oxford University Press, 237–252.
- Getachew, Adom (2019): *Worldmaking after empire: The rise and fall of self-determination*. Princeton: Princeton University Press.
- Harrison, Graham (2004): *The World Bank and Africa: The construction of governance states*. London: Routledge.
- Harvey, David (2014): *Das Rätsel des Kapitals entschlüsseln: Den Kapitalismus und seine Krisen überwinden*. Hamburg: VSA.
- Heinze, Robert (2023): Eine »Neue Amin-Lektüre«? Der ungleiche Tausch auf dem Weltmarkt und die Rolle des Nationalstaats im Werk von Samir Amin. In: *Peripherie – Politik. Ökonomie. Kultur*, 42 (167–168), 277–299.
- James, Paul/Steger, Manfred B. (2014): A genealogy of »globalization«: The career of a concept. In: *Globalizations*, 11 (4), 417–434.
- Kalyvas, Andreas (2005): Popular sovereignty, democracy, and the constituent power. In: *Constellations*, 12 (2), 223–244.
- Koegler, Caroline/Malreddy, Pavan Kumar/Troncke, Marlena (2020): The colonial remains of Brexit: Empire nostalgia and narcissistic nationalism. In: *Journal of Postcolonial Writing*, 56 (5), 585–592.
- Krasner, Stephen (1985): *Structural conflict: The third world against global liberalism*. Berkeley: University of California Press.

- Lal, Priya (2015): African socialism and the limits of global familyhood: Tanzania and the New International Economic Order in Sub-Saharan Africa. In: *Humanity: An International Journal of Human Rights, Humanitarianism, and Development*, 6 (1), 17–31.
- Latham, Robert (1999): Politics in a floating world: Toward a critique of global governance. In: Hewson, Martin/Sinclair, Timothy (Hg.), *Approaches to global governance theory*. New York: State University of New York Press, 23–53.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (2012 [1848]): Manifest der Kommunistischen Partei. London: Office der »Bildungs-Gesellschaft für Arbeiter«. In: *Deutsches Textarchiv*, 30.10.2012. https://www.deutschestextarchiv.de/marx_manifestws_1848 (Zugriff am 2.6.2023).
- Mahoney, James/Rodríguez-Franco, Diana (2018): Dependency theory. In: Lancaster, Carol/van de Walle, Nicolas (Hg.), *The Oxford handbook of the politics of development*. Oxford: Oxford University Press, 22–42.
- Mazower, Mark (2012): *Governing the world: The history of an idea*. New York: Penguin Press.
- Meissner, Boris (1970): Lenin und das Selbstbestimmungsrecht der Völker. In: *Osteuropa*, 20 (4), 245–261.
- Mkandawire, Thandika (1999): Crisis management and the making of »choiceless democracies« in Africa. In: Joseph, Richard (Hg.), *The state, conflict and democracy in Africa*. Boulder: Lynne Rienner, 119–136.
- Morcillo Laiz, Álvaro/Schlichte, Klaus (2016): Rationality and international domination: Revisiting Max Weber. In: *International Political Sociology*, 10 (2), 168–184.
- Mortimer, Robert (1986): Review: Global problems without solutions. In: *Third World Quarterly*, 8 (2), 769–773.
- Nölke, Andreas/ten Brink, Tobias/May, Christian/Claar, Simone (2019): China. A success story in economic growth. In: Nölke, Andreas/ten Brink, Tobias/May, Christian/Claar, Simone (Hg.), *State-permeated capitalism in large emerging economies*. New York: Routledge, 40–75.
- Wall Street Journal (1982): Volcker offers plan to reduce international financial strain. In: *Wall Street Journal* vom 17.11.1982.
- O'Donnell, Guillermo (1987): Brazil's failure: What future for debtors' cartels? In: *Third World Quarterly*, 9 (4), 1157–1166.
- Pastor, Manuel (1989): Latin America, the debt crisis, and the International Monetary Fund. In: *Latin American Perspectives*, 16 (1), 79–110.

- Prebisch, Raúl (1970): Change and development – Latin America's great task: Report submitted to the Inter-American Development Bank. Washington: Inter-American Development Bank.
- Raphael, Lutz (2021): Jenseits von Kohle und Stahl: Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom. Berlin: Suhrkamp.
- Rosenau, James N/Czempiel, Ernst Otto (1992): Governance without government: Order and change in world politics. Cambridge: Cambridge University Press.
- Sachs, Jeffrey (1989): Making the Brady Plan work. In: *Foreign Affairs*, 68 (3), 87–104.
- Schlichte, Klaus (2015): Der internationale Staat. Parallelen politischer Herrschaft in Zentralasien und Subsahara-Afrika. In: Burchardt, Hans-Jürgen/Peters, Stefan (Hg.), *Der Staat in globaler Perspektive: Zur Renaissance der Entwicklungsstaaten*. Frankfurt a.M.: Campus, 137–156.
- Senghaas, Dieter (Hg.) (1979): Kapitalistische Weltökonomie: Kontroversen über ihren Ursprung und ihre Entwicklungsdynamik. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Slobodian, Quinn (2019): Globalisten. Das Ende der Imperien und die Geburt des Neoliberalismus. Berlin: Suhrkamp.
- UN – Vereinte Nationen (1960): Resolution der Generalversammlung. 1514 (XV). Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker. 14.12.1960. <https://www.un.org/depts/german/gv-early/ar1514-xv.pdf> (Zugriff am 12.6.2023).
- UN – Vereinte Nationen (1974a): UN General Assembly, Resolution A/RES/3201(S-VI). Declaration on the Establishment of a New International Economic Order. 1.5.1974. https://digitallibrary.un.org/record/218450/files/A_RES_3201%28S-VI%29-EN.pdf (Zugriff am 12.6.2023).
- UN – Vereinte Nationen (1974b): UN General Assembly, Resolution A/RES/3202(S-VI). Programme of action on the establishment of a New International Economic Order. 1.5.1974. https://digitallibrary.un.org/record/218451/files/A_RES_3202%28S-VI%29-EN.pdf (Zugriff am 12.6.2023).
- Wade, Robert H. (2018): The developmental state: Dead or alive? In: *Development and Change*, 49 (2), 518–546.
- Weber, Isabella (2023): Das Gespenst der Inflation: Wie China der Schocktherapie entkam. Berlin: Suhrkamp.
- Woo-Cumings, Meredith (Hg.) (1999): The developmental state. Ithaca: Cornell University Press.

Yeung, Henry Wai-chung (2017): Rethinking the East Asian developmental state in its historical context: Finance, geopolitics and bureaucracy. In: *Area Development and Policy*, 2 (1), 1–23.

